

Uli Corona-Newsletter vom 29. Oktober 2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

nach den harten Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz gibt es eine heftige Debatte im ganzen Land. In ersten Umfragen unterstützen 50 % und mehr der Befragten die Maßnahmen. 16 % gehen sie nicht weit genug, diese wollen einen vollständigen Lockdown. Einem Drittel der Befragten gehen die Maßnahmen hingegen zu weit.

Wichtig ist: Ja zu Debatten, nein zu Desinformation! Wir brauchen breite Debatten über die harten Maßnahmen, kritische Debatten schwächen nicht die Demokratie. Im Gegenteil! Beschwichtigendes Wunschdenken und populistische Verharmlosungen sind dagegen nicht nur unrealistisch, sondern auch unverantwortlich.

Ich vertrete offen die Auffassung, dass die von der MPK empfohlenen Maßnahmen notwendig sind. Jedes weitere Zuwarten würde die Situation nur schlimmer machen. Wahrscheinlich wurde schon viel zu lange mit harten Maßnahmen zugewartet. Dafür ernte ich zum Teil heftigen Widerspruch, aber auch viel Zustimmung. Die Menschen erwarten in jedem Fall klare Entscheidungen und Orientierung.

In der Kultur, im Sport, in der Gastronomie sind mit viel Energie und Kreativität gute Hygienekonzepte entwickelt worden. Die Erarbeitung ist aber nicht sinnlos gewesen. Sie werden in Zukunft noch richtig gebraucht. Jetzt aber, mitten im exponentiellen Infektionsgeschehen sind die Konzepte wirkungslos. Der Grund ist sehr einfach: In 75 % der Fälle von Infizierungen können die Ursachen und Kontakte nicht zugeordnet werden. Das Virus teilt uns nicht mit, ob es im Restaurant oder im Fitness-Studio weitergegeben wurde. Das lässt sich daher auch nicht wissenschaftlich nachweisen. Deshalb ist das zeitlich befristete Herunterfahren aller privaten Kontakte richtig, ob zu Hause, im Kino, im Sportverein, oder wo auch immer. Nur so kann die politische Priorität, Kindergärten und Schulen offen und die Wirtschaft wirtschaften zu lassen, umgesetzt werden.

Es aber umso wichtiger, dass die wirtschaftlichen Folgen für die betroffenen Einrichtungen, Unternehmen und Solo-Selbstständigen abgefedert werden - so, wie Bund das zugesagt hat. Konkret sollen Solo-Selbstständige und Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeitenden ihre Umsatzauffälle im Umfang von 75 Prozent des Umsatzes aus dem November 2019 ersetzt bekommen, bei größeren Unternehmen etwas weniger. Die Hilfen müssen unmittelbar und unbürokratisch fließen. Wir werden im Land noch zusätzlich was für Kunst und Kultur machen. Das sagen wir Grüne fest zu.

Herzliche Grüße, Uli

Der Stand der Infektionen vom 29. Oktober 2020

Deutschland

29.10.2020: Gesamtzahl: 481.013 (Veränderung zum Vortag: + **16.774**) ; Todesfälle 10.272.
7-Tage-Inzidenz: 99,0
(RKI, 29.10.2020, 8.00 Uhr)

Baden-Württemberg

29.10.2020: Gesamtzahl: 77.448 (+ 2.311); genesene Personen: 54.123 (+ 687); verstorbene Personen: 2.009 (+ 10). 7-Tage-Inzidenz: 99,0
(Landesgesundheitsamt, 29.10.2020, 16 Uhr)

Rhein-Neckar-Kreis

29.10.2020: Gesamtzahl: 2.678 (+ 113); aktive Fälle: 535; genesene Personen: 2095, verstorbene Personen: 48 (+ 1). **7-Tage-Inzidenz: 101,2 (lt. LGA: 101,0)**
(Gesundheitsamt RNK, 29.10.2020, 0 Uhr)

Hinweis: Die Zahlenbasis des Kreis-Gesundheitsamtes beruht auf Meldungen vom 29.10., 0 Uhr. Das Landesgesundheitsamt erhebt täglich um 16 Uhr aktuellere Zahlen und benennt den 7-Tage-Inzidenzwert im RNK daher heute mit X. Dieser Unterschied lässt sich durch die unterschiedliche Art der Erhebung nicht beseitigen.

Aktuelle Situation im Rhein-Neckar-Kreis

7-Tage-Inzidenz: 101,2 (Vortag: 91,2) / Gesamtzahl der positiv getesteten Personen: 2678 (2565), das ist ein Anstieg von 113 Fällen / „Aktive Fälle“: 535 (468) - davon betroffen: Hirschberg (4).

Zweistellige Zahlen bei den „aktiven Fällen“ im Rhein-Neckar-Kreis haben derzeit außerdem: Bammental (41), Dossenheim (12), Eppelheim (13), Heddesheim (18), Hemsbach (11), Hockenheim (16), Ketsch (19), Ladenburg (14), Laudendach (10), Leimen (20), Meckesheim (14), Neckargemünd (11), Oftersheim (19), Plankstadt (45), Reilingen (10), Sandhausen (14), Schriesheim (15), Schwetzingen (20), Sinsheim (30), Weinheim (41) und Zuzenhausen (10).

Die Zahl der Todesopfer erhöht sich um 1 auf 48.

Heidelberg: 7-Tage-Inzidenz: 122,6 (Vortag: 119,5) / Gesamtzahl der positiv getesteten Personen: 904 (883) / „Aktive Fälle“: 177 (181).

Erster Bildungsanbieter hat Corona-Antigen-Schnelltests

Wenn eine Schulklasse wegen eines Covid-19-Erkrankten in Quarantäne muss, herrscht bei Eltern, Lehrern und Mitarbeitern große Unsicherheit: Bin ich schon angesteckt? Wo kann ich das testen lassen?

Der Heidelberger Bildungsanbieter F+U hat als erster Schulträger der Region eine Station für Antigen-Schnelltests eingerichtet. Auf dem Campus gegenüber dem Hauptbahnhof können sich Schüler, Eltern, Geschwister und Mitarbeiter ohne Krankheitssymptome nach den Herbstferien ab Montag testen lassen; für Lehrkräfte soll es zudem wöchentlich feste Test-Zeiten geben.

https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-heidelberg-erster-bildungsanbieter-hat-corona-antigen-schnelltests- arid,571569.html

Zum Schutz der Patienten: Veranstaltungen in den GRN-Kliniken werden abgesagt – Online-Formate ab November

Seit September durften in den GRN-Kliniken wieder Veranstaltungen stattfinden – nun muss diese Lockerung angesichts der rapide steigenden Infektionszahlen aufgehoben werden: Bis auf weiteres wird es keine Live-Veranstaltungen wie Vorträge und Patiententage, aber auch keine Infoabende für werdenden Eltern vor Ort mehr geben.

Als Ersatz für die vor Corona gut besuchten Veranstaltungen werden ab November für einen Teil der geplanten Vorträge Online-Formate angeboten. Ähnlich wie bei einem „Webinar“ erhalten angemeldete Teilnehmer eine Einladung mit einem Link, über den sie sich den Vorträgen zuschalten, die Präsentation mitverfolgen und anschließend ihre Fragen stellen können.

Los geht es am 3. November mit einem Vortrag aus der Reihe „Im Zentrum: Gesundheit“ zum Thema „Weißt du noch, damals? – Kommunikation und Demenz“ mit der Demenzbeauftragten der GRN-Klinik Eberbach, Johanna Herrmann, und Karin Schröter, Leiterin GRN-Betreuungszentrum Sinsheim. Weitere Webinare sollen folgen, das Online-Angebot sukzessive weiter ausgebaut werden.

<https://www.grn.de/aktuelle-meldungen-detail/zum-schutz-der-patienten-veranstaltungen-in-den-grn-kliniken-werden-abgesagt#>

Situation im Land

Seit der 41. KW steigt die Anzahl übermittelter Fälle an. Insgesamt wurden 77.448 laborbestätigte COVID-19-Fälle aus allen 44 Stadt- bzw. Landkreisen berichtet, darunter 2.009 Todesfälle. Die 7-Tage-Inzidenz ist heute landesweit auf 99,0 pro 100.000 Einwohner angestiegen. Von den 44 Stadt- und Landkreisen liegen 42 Meldekreise über dem Grenzwert von 50 gemeldeten Fällen pro 100.000 Einwohner in den letzten 7 Tagen. Nur noch 2 Kreise verzeichnen eine 7-Tage-Inzidenz zwischen 35 bis 50 Fällen/100.000 Einwohner (Abbildung 1). Nach Daten des DIVI-Intensivregisters (www.intensivregister.de) von Krankenhaus-Standorten mit Intensivbetten zur Akutbehandlung sind mit Datenstand 29.10.2020, 16 Uhr 184 COVID-19-Fälle in Baden-Württemberg in intensivmedizinischer Behandlung, davon werden 102 (55%) invasiv beatmet. Insgesamt sind derzeit 2.315 Intensivbetten von betreibbaren 3.079 Betten (75%) belegt.

Situation im Bund

Mittlerweile sind die Infektionszahlen in Deutschland wieder stark gestiegen. Binnen eines Tages wurden zuletzt rund 16.800 neue Ansteckungen gemeldet, wie aus Angaben des Robert Koch-Instituts vom Donnerstagmorgen hervorgeht.

Landtag kommt am 30.10. zu Corona-Sondersitzung zusammen

Der Landtag von Baden-Württemberg kommt am 30.10. zu einer Sondersitzung zusammen. Die neuen Beschränkungen in der Corona-Krise müssen vom Landtag breit diskutiert werden, und zwar bevor sie in Kraft treten. Eine solche Sondersitzung bietet die Chance, die Akzeptanz für die Maßnahmen zu erhöhen. Das ist notwendig, denn die neuen Beschränkungen werden viele Menschen treffen.

Bitte beachten: Das SWR-Fernsehen überträgt die Sondersitzung des Plenums ab 13 Uhr bis Ende der Debatte.

Die bundesweit geltenden Einschränkungen werden am Montag, 2. November in Kraft treten. Zuvor müssen sie aber noch auf Länderebene formuliert und beschlossen werden. Das Kabinett kam heute zu einer Sondersitzung zusammen und hat die zuständigen Ministerien mit der Umsetzung beauftragt. Die Entscheidungen werden in Verordnungen formuliert und bis zum 1.11. im Umlauf beschlossen.

Breite gesamtgesellschaftliche Diskussion notwendig

Stimmen aus der heutigen Diskussion. Der Deutsche Städtetag hat die einschneidenden Corona-Maßnahmen im November begrüßt. „Es ist besser, jetzt entschlossen zu handeln, als später mit Versäumnissen zu hadern“, sagte Städtetagspräsident Burkhard Jung. Die Städte hielten die verschärften Maßnahmen für „hart, aber richtig“, um den rasanten Anstieg der Corona-Infektionen abzubremsen. Der Landkreistag hingegen hat die weitgehende Schließung von Gastro und Hotelbetrieb kritisiert. Das schieße über das Ziel hinaus. Das hauptsächliche Infektionsgeschehen spiele sich vor allem im privaten Bereich ab. Auch die Frist bis Ende November sei zu lang. Dem widerspricht der Bremer Epidemiologe Hajo Zeeb: Es sei gut, dass die neuen Maßnahmen auf einen Monat begrenzt seien. Auch das von Bund und Ländern vereinbarte Maßnahmenbündel sei insgesamt ausgewogen. Bitter sei die neuerliche Schließung für die Kultur, denn die Kulturbetriebe hätten gute Hygienekonzepte entwickelt. Auf der anderen Seite sind das Veranstaltungen, wo Menschen zusammenkommen – auch bei guten Konzepten. Es gebe die An- und Abreise, es komme zu Kontakten, dabei müsse das Ziel eine Kontaktverminderung sein. Dagegen lässt sich die Politik aus Sicht des Vorsitzenden des Weltärztebundes, Frank Ulrich Montgomery, zu viel Zeit mit den neuen Corona-Maßnahmen, Montag sei zu spät.

Es zeichnet sich auf jeden Fall ab, dass der größte Zankapfel das Offenhalten der Schulen und die Schließung anderer Bereiche ist. Natürlich dienen Theater, Konzert, Kino oder Kabarett nicht nur dem reinen Vergnügen. Vielmehr ist es so, dass die deutsche Kulturlandschaft von der Basisversorgung bis hin zu Spitzenleistungen von Selbstständigen und Kleinstfirmen realisiert wird. Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch, dass ein Lockdown bspw. in der Kinobranche auch dann noch Auswirkungen haben kann, wenn er eigentlich wieder vorbei ist. Denn Kinos alleine funktionieren nicht. Sie sind Teil einer ziemlich gut geöhlten Maschine. Produktion, Marketing, Premieren und Filmkritik – das alles passiert, bevor ein Film überhaupt anläuft. Mittlerweile ist die Maschine ins Stottern geraten. Große Filme werden verschoben, andere wandern gleich in Streaming-Dienste ab. Und was ist mit den Filmen, die jetzt gerade erst angelaufen sind? Auch in der Theaterszene gibt es wieder offene Fragen und Unmut. Aber die Abwägung ist: Entweder jetzt harte Maßnahmen durchziehen und Schule/Betriebe außen vorlassen oder in Bälde alles herunterfahren, auch Schulen und Betriebe. Und das dann wahrscheinlich länger als vier Wochen. Das macht politische Entscheidungen so schwierig.

Intensivmedizinerinnen und –Mediziner hoffen auf Corona-Bremse

Die Intensivmedizinerinnen und –Mediziner möchte ich bei der Diskussion gesondert zu Wort kommen, einfach, weil es unser erklärtes Ziel ist, das Gesundheitssystem vor einer

Überlastung zu bewahren! Denn auch in Deutschlands Intensivstationen wachsen die Sorgen.

Es ist jetzt schon nachweislich schlimmer als im Frühjahr. Uwe Janssens, Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin warnt, dass in 14 Tagen die schweren Krankheitsfälle eingeliefert werden, dann komme man unter Maximalbelastung. In Berlin, Bayern und Nordrhein-Westfalen seien einige Kliniken schon gut mit Covid-19-Patienten belegt, andere Erkrankte würden bereits verdrängt, sagte Stefan Kluge, Leiter der Intensivmedizin am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE). Die Lage sei „absolut besorgniserregend“. Von den Infizierten müssten etwa fünf Prozent im Krankenhaus behandelt werden, zwei Prozent auf der Intensivstation, so Kluge. Über 70-Jährige hätten ein Todesrisiko von über 50 Prozent.

Dabei ist die Lage regional unterschiedlich, wie Janssens erläuterte. So seien in Schleswig-Holstein 40,7 Prozent der Intensivbetten frei, in Hessen 18,7 Prozent, in Berlin aber nur noch 13,7 Prozent.

Das Problem ist dabei nicht so sehr die Anzahl der Intensivbetten. Es gibt mehr Betten und mehr Beatmungsgeräte als zu Beginn der Pandemie. „Aber wir haben nicht eine müde Maus mehr beim Personal“, sagte Janssens. „Bis jetzt sind wir zurechtgekommen. Es gibt aber immer mehr Infektionen unter Klinik-Mitarbeitern.“ Vor einem Personal-Notstand hatte bereits die Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege gewarnt.

Ein Blick auf die derzeit nur langsam steigende Zahl der Todesopfer taue nicht zur Einschätzung der aktuellen Lage, sagte Kluge aus Hamburg. „Wir müssen auf die Zahl der Intensivpatienten gucken. Dann wissen wir, wohin die Reise geht.“

Derzeit geht die Kurve steil nach oben. Es dauert im Schnitt zehn Tage, bis Patienten mit Symptomen auf die Intensivstation verlegt werden müssen. Die Aufenthaltsdauer auf der Intensivstation bei beatmeten Patienten beträgt zwei bis drei Wochen. Das bedeutet, dass sich die Zahl der Neuinfektionen erst mit einer Verzögerung von drei bis vier Wochen auf Todesfälle auswirkt.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.fahrt-runter-corona-intensivmediziner-warnen-vor-drohender-ueberlastung.979b9449-8730-4e86-a6b7-95016153c520.html>

Hart oder zu hart: Wie gerichtsfest ist der Lockdown?

Restaurants und Kneipen zu, keine Urlaubsreisen, kein kulturelles Leben, so wenig private Kontakte wie irgend möglich - Kanzlerin Angela Merkel (CDU) nennt den Lockdown im

November selbst hart und belastend. Zu hart womöglich? Was sich aus bisherigen Corona-Entscheidungen lernen lässt:

Wie weit darf die Politik bei der Pandemie-Bekämpfung gehen?

Der Staat darf zum Infektionsschutz in Grundrechte eingreifen - aber nicht alles, was vorstellbar ist, ist auch rechtmäßig. Die Maßnahmen müssen verhältnismäßig sein, das bedeutet: geeignet, erforderlich und angemessen. Grundlage ist das Infektionsschutzgesetz. Als „notwendige Schutzmaßnahme“ dürfen unter anderem die Freiheit der Person, die Versammlungsfreiheit und die Freizügigkeit eingeschränkt werden. Das Problem: Nirgendwo steht im Detail, wann genau, warum, in welcher Form und für wie lange welche Rechte eingeschränkt werden dürfen.

Was bedeutet das für die Gerichte?

Sie müssen oft unter großem Zeitdruck in Eilverfahren eine Abwägung leisten, die selbst Experten an den Rand der Überforderung bringen kann. Im Frühjahr, als die Infektionszahlen hoch und die Krankheit noch weitgehend unerforscht waren, gingen die Richter daher lieber auf Nummer sicher - landauf, landab wurden so gut wie alle Klagen abgewiesen. Das hat sich in den relativ entspannten Sommermonaten geändert: Inzwischen schauen die Gerichte sehr viel genauer hin.

Wie positioniert sich das Bundesverfassungsgericht?

Die Karlsruher Richter haben inzwischen ein gutes Dutzend Eilanträge inhaltlich beschieden. Ob zur Testpflicht für Reiserückkehrer, zur Quarantäne bei Einreise oder den Kontaktbeschränkungen im Frühjahr - die meisten blieben erfolglos. Wichtig ist, dass die Erfolgsaussichten der eigentlichen Verfassungsbeschwerde oft trotzdem offen sind. Im Eilverfahren klären die Richter nur: Was hätte schlimmere Folgen - wenn wir die Maßnahme jetzt irrtümlicherweise kippen oder wenn sie in Kraft bleibt und sich später als rechtswidrig herausstellt? Dabei hatte so gut wie immer der Lebensschutz als überragend hohes Verfassungsgut Vorrang. Fachlich stützt sich das Gericht auf die Einschätzungen des Robert Koch-Instituts.

Wo ist eine rote Linie überschritten?

Deutliche Worte fanden die Verfassungsrichter vor allem zu den Gottesdienst- und Demonstrationsverboten im Frühjahr. Ein so „überaus schwerwiegender Eingriff in die Glaubensfreiheit“ sei nur eng befristet hinnehmbar, Lockerungen unter Auflagen müssten immer wieder geprüft werden. Auch zum Schutz der Versammlungsfreiheit müssen alle Entscheidungsspielräume ausgeschöpft werden. Generell waren Karlsruhe immer zwei Punkte wichtig: Jede Maßnahme muss regelmäßig überprüft werden, und es sollten

Ausnahmen möglich sein. Und schon in einer Entscheidung aus dem Mai steht, dass der staatliche Spielraum mit der Zeit geringer werden kann – „etwa bei besonders schweren Grundrechtsbelastungen und wegen der Möglichkeit zunehmender Fachkenntnis über Risiken und anderweitige Eindämmungsmöglichkeiten“.

Welche Kriterien können noch eine Rolle spielen?

Bisher haben die wenigsten Fragen das Bundesverfassungsgericht erreicht, denn Betroffene müssen erst bei den Verwaltungsgerichten klagen. Dort wurden auf Landesebene zuletzt die Beherbergungsverbote zum Debakel: Dass deutsche Feriengäste aus Gegenden mit vielen Corona-Fällen nur mit frischem Negativ-Test willkommen sein sollten, veranlasste mehrere Oberverwaltungsgerichte zum Einschreiten. Das Hauptargument hier: Die wirtschaftlichen Nachteile für die Hoteliers stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen. Denn Ansteckungen im privaten Bereich seien viel häufiger als Ansteckungen im Hotel.

Was heißt das alles für den bevorstehenden Teil-Lockdown?

Er muss vor allem wasserdicht begründet sein. Es dürfte kein Zufall sein, dass die Kanzlerin die Maßnahmen in ihrer Regierungserklärung ausdrücklich als „geeignet, erforderlich und verhältnismäßig“ verteidigt hat. Tatsächlich sind die Schließungen bis Ende November befristet, nach zwei Wochen soll nachjustiert werden. Ein noch entscheidenderer Punkt dürfte aber sein, dass für die Einbußen der betroffenen Branchen nun erstmals eine Ausgleichszahlung vorgesehen ist - der massive Eingriff in die Berufsfreiheit wird so deutlich gemildert. Und dann sind da noch die dramatisch steigenden Infektionszahlen, der drohende Kontrollverlust der Gesundheitsämter: Sie könnten manches rechtfertigen, was noch vor kurzem völlig unverhältnismäßig gewesen wäre. Beurteilen müssen das die Gerichte.

„Müssen uns auf Menschen mit höherem Risiko fokussieren“

Das Maßnahmenpaket gegen die Corona-Pandemie nennt der Braunschweiger Epidemiologe Gérard Krause weitestgehend vernünftig. Das Fehlen eines für ihn zentralen Aspekts macht dem Wissenschaftler aber Sorgen – ein Bekenntnis zum Schutz von Menschen mit höherem Risiko. Warum ein klares Statement aus seiner Sicht so wichtig wäre, erklärt der Wissenschaftler vom Braunschweiger Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung (HZI) im Interview.

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/coronavirus-epidemiologe-gerard-krause-fordert-klare-konzepte-zum-schutz-von-risikogruppen-a-fd39666e-2efe-40c2-85b4-f206150dcf9a>

Umfrage aller Zeitungen ergibt Unmut über Schulpolitik

Die meisten Baden-Württemberger sind zufrieden mit dem Corona-Management der Landesregierung, aber unzufrieden mit der Schulpolitik in der Krise. Das ergab eine am Donnerstag veröffentlichte Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag aller baden-württembergischen Tageszeitungen.

Demnach bewerten 60 Prozent der Befragten die Arbeit der grün-schwarzen Landesregierung in der Krise mit gut oder sehr gut. 57 Prozent halten die Schulpolitik des Landes für nicht gut oder weniger gut, nur 3 Prozent für sehr gut. 69 Prozent aller Befragten und 68 Prozent der Eltern bezweifeln, dass Lehrer für den digitalen Unterricht ausreichend geschult und ausgebildet sind. Die Schulpolitik wird von Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) verantwortet, die bei der Landtagswahl im kommenden März den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) herausfordert.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/regierung-stuttgart-umfrage-aller-zeitungen-ergibt-unmut-ueber-schulpolitik-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-201029-99-124532>

Naturschutz kann einer Pandemie vorbeugen

In Zukunft drohen nach Überzeugung von Forschern noch viel verheerendere Pandemien als Corona - es sei denn, die Menschheit stellt sich fundamental um. Wie alle Pandemien werde auch die derzeitige angetrieben durch menschliche Aktivität, betonen 22 Experten in einem am Donnerstag veröffentlichten Bericht für den in Bonn ansässigen Weltbiodiversitätsrat IPBES. Geschätzt werde, dass derzeit noch 1,7 Millionen unentdeckte Viren in Säugetieren und Vögeln existierten - von denen bis zu 850 000 die Fähigkeit haben könnten, Menschen zu infizieren.

Es wird davon ausgegangen, dass der Erreger der Lungenkrankheit Covid-19 auf einem Wildtiermarkt in Wuhan in China auf den Menschen übergesprungen ist. Um zu verhindern, dass sich so etwas wiederholt, müssen wir unser Verhalten ändern - das gleiche Verhalten, das den Klimawandel verursacht und die Artenvielfalt in schnellem Tempo verringert. Dazu gehört die Zerstörung von Lebensräumen und Ökosystemen etwa für die Ausweitung und Intensivierung der Landwirtschaft sowie nicht nachhaltige Arten von Produktion, Handel und Konsum. All das führt zu verstärktem Kontakt zwischen Wildtieren, Nutztieren, Krankheitserregern und Menschen. Das ist der Weg in die Pandemie. Eigentlich ist die Botschaft des Berichts sehr positiv. Sie lautet, dass wir Pandemie verhindern können – es sind keine unabwendbaren Naturkatastrophen. Eine intakte Natur ist ein Bollwerk gegen neue Krankheitserreger und Pandemien und muss endlich als entscheidender Schlüsselfaktor

für unsere Gesundheit wahrgenommen werden. Mehr Biodiversität und mehr Klimaschutz zahlen sich hundertfach aus.

Die Forscher fordern eine ökologische Pandemievorsorge. Sie schlagen etwa die Bildung eines internationalen Expertengremiums vor, das Regierungen künftig beraten soll. Risikofaktoren wie der Konsum von Fleisch - der zu einer immer größeren Ausbreitung der landwirtschaftlichen Fläche führt - müssten höher besteuert werden. Die Forscher schätzen, dass es die Weltgemeinschaft hundertmal weniger kostet, das Risiko für eine weitere Pandemie wie Corona zu reduzieren und ihr vorzubeugen als eine solche erneut bewältigen zu müssen.

<https://ipbes.net/>

Nachrichten ohne Corona

Insektensterben noch massiver als gedacht

Ältere erinnern sich vielleicht: an von Insekten verklebte Autofenster, an ein geschäftiges Summen und Brummen in knallbunten Wiesen. Alles so gut wie vorbei, warnen Vogelkundler und Insektenforscher und legen als Beleg eine neue Studie von der Schwäbischen Alb vor. Wissenschaftliche Zählungen hätten mit Blick auf die vergangenen 50 Jahre einen Rückgang der sogenannten wandernden Insekten auf der Schwäbischen Alb um bis zu 97 Prozent ergeben, sagte der Leiter der Forschungsstation Randecker Maar, Wulf Gatter, am Donnerstag.

„Was wir heute noch sehen, ist niederschmetternd“, sagte der Naturforscher weiter. Vor mehreren Jahrzehnten habe die Luft noch von Tausenden ziehender Schwebfliegen geflimmert. Heute dagegen lohne es sich nicht mehr, Fangreusen für Insekten aufzustellen.

Zuletzt hatte eine Studie des Entomologischen Vereins Krefeld (EVK) 2017 weltweit Aufsehen erregt. Nach dieser hat die Gesamtmasse der Fluginsekten in Teilen des Rheinlands in den vergangenen drei Jahrzehnten um mehr als 75 Prozent abgenommen. „Durch unsere Untersuchungen am Randecker Maar, die 20 Jahre früher begannen, wird dieses erschreckende Ergebnis nicht nur bestätigt, sondern leider weit übertroffen“, sagte Gatter.

Von einem ähnlichen Rückgang wie bei den Schwebfliegen seien auch die Waffenfliegen und Schlupfwespen betroffen. Das Ergebnis der Studie spiegelt keineswegs nur die Insektenwelt rund um das Randecker Maar wider, sondern sei ein großräumiges Phänomen.

Lars Krogmann, Entomologe vom Naturkundemuseum in Stuttgart, warnte davor, die Folgen dieses Sterbens zu unterschätzen: „Je mehr Arten verschwinden, desto mehr gerät das

Ökosystem aus den Fugen. Diese Bedrohung ist allgegenwärtig, sie ist permanent, und sie geht weiter zurück, als wir uns bewusst sein mögen.“ Die jüngste Studie verstärkte alle bisherigen wissenschaftlichen Forschungsergebnisse zum Rückgang der Insekten. Der Rückgang von Schlupfwespen, die sich parasitisch in anderen Insekten entwickeln, müsse alarmieren. „Wenn die Wirtsinsekten im Bestand zurückgehen, dann sterben auch ihre Gegenspieler mit unabsehbaren Folgen für unsere Ökosysteme.“

Für die Studie zum Randecker Maar zählten ehrenamtliche Vogelkundler unter anderem seit 1970 viermal stündlich je eine Minute die südwärts ziehenden Schwebfliegen, deren Larven sich von Blattläusen und weiteren kleinen Insekten und Milben ernähren. „Der Vergleich der ersten fünf Jahre ab 1970 mit den Werten der Jahre zwischen 2014 und 2019 zeigt bei der größten und artenreichsten Gruppe einen Rückgang um 97 Prozent gegenüber den Ausgangswerten“, sagte Gatter. Bei den Waffenschwebfliegen und Schlupfwespen liege der Rückgang im Zeitraum von 35 bis 40 Jahren bei 84 sowie 86 Prozent.

Als Ursachen für den Trend gelten die industrielle Landwirtschaft, Pflanzenschutzmittel, die zunehmende Überdüngung und die Versiegelung, also der Flächenverbrauch durch neue Siedlungen, neue Gewerbegebiete und Straßen.

https://www.swp.de/panorama/vogelkundler-warnen_insektensterben-massiver-als-gedacht-52735503.html

Studie zu nachhaltiger Verkehrspolitik: Südwesten bundesweit vorn

Welches Bundesland macht die nachhaltigste Verkehrspolitik? Baden-Württemberg belegt in einer Rangliste mehrerer Verbände erneut den ersten Platz unter den Bundesländern, wie aus den der Deutschen Presse-Agentur vorliegenden Ergebnissen hervorgeht.

Das Land punktete beim „Bundesländerindex Mobilität und Umwelt“ vor allem bei den Themen Verkehrssicherheit, Lärm und Flächenverbrauch. Bei den verkehrsbedingten CO₂-Emissionen pro Einwohner belege das Land nur einen Platz im Mittelfeld der Bundesländer.

Die Untersuchung wurde von der Allianz pro Schiene, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands und dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) in Auftrag gegeben. Die Themenbereiche im Überblick:

LÄRMMINDERUNG: Das Ziel, bis zum Jahr 2020 mindestens ein Fünftel weniger vom Verkehrslärm betroffene Menschen zu haben - und bis 2030 sogar 50 Prozent weniger -, sorgt dafür, dass das Land in dieser Kategorie den ersten Platz belegt. Aktuell seien 2,7 Prozent der Einwohner des Landes davon betroffen.

VERKEHRSSICHERHEIT: Der Südwesten sei das Bundesland mit der besten Entwicklung bei den Schwerverletzten im Straßenverkehr. 2014 wurden noch 890 Menschen pro eine Million Einwohner schwer verletzt. Im letzten Jahr waren es noch 730 Personen.

FLÄCHENVERBRAUCH: Baden-Württemberg ist dem Index zufolge eines von drei Ländern, die mit ihrem Flächensparziel so anspruchsvoll sind wie das Umweltbundesamt. Nur noch drei Hektar sollen im Jahr 2020 zugebaut werden. Zwischen 2010 und 2017 seien es zwischen vier und acht Hektar gewesen. Hier belegt das Land Platz zwei.

KLIMASCHUTZ: Mit mehr als zwei Tonnen verkehrsbedingten CO₂-Emissionen pro Einwohner werde Platz neun unter den Ländern belegt, teilten die Verbände mit.

LUFTQUALITÄT: Hier belegt das Land Platz acht. Vor allem Stuttgart hat in der Vergangenheit wegen zu hoher Stickstoffdioxid-Werte für Schlagzeilen gesorgt.

<https://www.sueddeutsche.de/wissen/umwelt-berlin-studie-zu-nachhaltiger-verkehrspolitik-suedwesten-vorn-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-201029-99-124123>

Schrecklicher Messerangriff in Nizza

Das brutale Verbrechen, das in einer Kirche verübt wurde, löst besondere Bestürzung aus. Bei der Messerattacke in einer Kirche in Nizza sind nach einer vorläufigen Bilanz drei Menschen getötet und sechs weitere verletzt worden. Die Pariser Anti-Terror-Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen übernommen.

An dieser Stelle möchten wir **Rami Ali zu Wort kommen lassen**, Mitarbeiter bei Turn, einer gemeinnützigen Organisation für Gewalt- und Extremismus-Prävention. Turn leistet Präventionsarbeit on-/offline, welche die Propaganda von völkisch-nationalistischen bzw. islamistisch-jihadistischen Bewegungen und patriarchale Strukturen in Frage stellen:

„So erschreckend der barbarische Anschlag in Nizza ist, so wenig überraschend ist er. In den vergangenen Tagen gab es va. in der arabisch-islamischen Welt Boykottaufrufe französischer Produkte, Bildmanipulationen von Macron, die ihn auf einen Schweine- oder Hundekörper gesetzt haben und eine generell feindliche Stimmung gegenüber Frankreich. Begründet wurde diese ua. mit dem neuerlichen Vorstoß Frankreichs gegen "den Islam" und der als Provokation wahrgenommenen Karikaturen. Bestimmte Akteure haben, um ihrem Narrativ vom diabolischen Frankreich Ausdruck zu verleihen, die zweifelsfrei abscheulichen Kolonialverbrechen Frankreichs und die kritikwürdige Islampolitik der letzten Jahre bemüht. Das sollte das Narrativ eines Frankreichs füttern, welches "dem Islam" und "den

MuslimInnen" immer schon feindlich gesinnt war. Gestützt wurde dieses Narrativ dann durch zwei aufeinanderfolgende Übergriffe auf sichtbare MuslimInnen in den letzten Tagen.

Eine solche Chance lassen sich die Rattenfänger des sog. IS natürlich nicht entgehen und so wurden parallel zu diesen Entwicklungen Aufrufe verbreitet, friedliche Proteste und Boykotte gegen gewalttätige Attentate auszutauschen. Für den sog. IS ist diese Gewaltspirale, diese Eskalation, die wir hier erleben ein Geschenk des Himmels. Nichts stützt ihr Narrativ vom unvermeidlichen Kampf zwischen "dem Islam" und "dem Westen" mehr, wie die rhetorische Kriegsführung und das angespannte Klima der letzten Tage. Es erlaubt ihnen die Legitimation ihres (imaginierten) Anspruchs als die "einzigsten Verteidiger des Islams/der Muslime".

Es ist genau dieses Klima, dass dem sog. IS auch wieder Zuwachs bringen wird und es ist dieses Klima, dass deren Mobilisierung und Rekrutierung so leicht wie lange nicht mehr machen wird. Die Anschläge werden sich häufen, wie auch die Übergriffe auf Menschen, die als MuslimInnen gelesen werden.

Diese Eskalation die wir hier erleben ist gefährlich - für uns alle!

Nichts, gar nichts, rechtfertigt den Mord an Paty oder den neuen Opfern in Nizza. Nur in den Köpfen von Fanatikern sind die Anschläge eine "legitime" Antwort auf die Karikaturen und/oder die Übergriffe auf MuslimInnen.

Boykottaufrufe von MuslimInnen mögen zwar ein legitimes politisches Mittel sein um dem Unmut Ausdruck zu verleihen, aber sie sind - gerade jetzt - Futter für das vom sog. IS und Rechten bemühte Narrativ des unvermeidlichen Kampfes zw. "Islam" und "Westen"...sie gießen Öl ins Feuer und sie führen mitnichten zu einer Verbesserung der Situation der MuslimInnen in Frankreich - das Gegenteil ist der Fall.

"Ja aber Macron", "Ja aber die Islampolitik in Frankreich" - das mögen alles legitime Fragen sein. Aber jetzt und hier ist nicht der Ort sie zu diskutieren. Jetzt und hier geht es darum, die Spirale der Gewalt zu unterbrechen und Fanatikern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Jetzt geht es darum zu reflektieren, wie man von - bewusst oder unbewusst - Teil dieser Gewalteskalation wurde.

Jetzt geht es um Schicksale, um Menschenleben und die sind wichtiger als gekränkte männliche Egos von Staatschefs und wichtiger als verletzte religiöse Gefühle. Um Welten wichtiger.

Die Empörung über die barbarische Schlachtung von Menschen darf verdammt nochmal nicht kleiner seine, als jene über geschmacklose Karikaturen.“

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblog-bw-100.html>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

[file:///itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt Coronavirus Selbsteinschaetzung.pdf](file:///itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt%20Coronavirus%20Selbsteinschaetzung.pdf)

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informationen-zum-coronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/deutsche-gebaerdensprache/deutsche-gebaerdensprache.html>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)